

Nr. 26/15 vom 09.10.2026

Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

**Die Novelle des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG):
Vom Entlastungsversprechen zur Praxisrealität**

Berlin, 7. Oktober 2026 – Mit dem Beschluss des Kabinettsentwurfs für das Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie soll das nationale Energieeffizienzgesetz an das europäische Mindestmaß angepasst und Bürokratie abgebaut werden. Die Kernpunkte des Entwurfs umfassen die Anhebung der Verbrauchsschwellen für Management- und Auditpflichten in Unternehmen, angepasste Vorgaben für die Energieeffizienz von Rechenzentren sowie die Umstellung der Einsparziele für den öffentlichen Sektor. In diesem Zusammenhang diskutierte das Forum für Zukunftsenergien im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft über die praktischen Auswirkungen der Novellierung und nahm dabei sowohl die angestrebten Entlastungen für Unternehmen als auch die tatsächliche Einsparwirkung der Vorgaben in den Blick.

Paul Papenbrock, stellvertretender Referatsleiter IIB4 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, schilderte die aktuelle Ausgestaltung der Novellierung des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG), welche auf eine deutliche Entlastung der Wirtschaft abziele. Papenbrock betonte, dass Energieeffizienz eine tragende Säule bleibe, um Bezahlbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit und eine geringere Importabhängigkeit zu sichern. Ohne sie läge der Stromverbrauch um 150 Terawattstunden pro Jahr höher. Die Novellen des EnEfG und des Energiedienstleistungsgesetzes (EDL-G) setzten den Koalitionsvertrag sowie EU-Vorgaben um und verfolgten dabei primär das Ziel, Bürokratie abzubauen und das EU-Recht eins zu eins zu übernehmen. In diesem Zuge sollen die Pflichten für Unternehmen spürbar gelockert werden. Ein Managementsystem werde erst ab einem Jahresverbrauch von 23,6 Gigawattstunden vorgeschrieben, wobei künftig auch die ISO 14001 in Kombination mit Audits ausreichen solle. Unternehmen ab 2,77 Gigawattstunden müssten regelmäßig alle vier Jahre ein Energieaudit durchführen und konkrete Umsetzungspläne veröffentlichen, sofern sie kein Managementsystem nutzen, so Papenbrock weiter. Zudem entfalle die pauschale Pflicht zur Abwärmenutzung. Stattdessen reichen Wirtschaftlichkeitsanalysen aus, die Meldepflicht auf der Plattform werde auf Großverbraucher ab 23,6 Gigawattstunden sowie Rechenzentren ab 1 Megawatt beschränkt. Auch für den öffentlichen Sektor und für Rechenzentren sollten künftig flexiblere und praxisnähere Regeln gelten, schloss Papenbrock.

Luke Voutta, Leiter Politik und Kommunikation beim Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden, begrüßte die Ziele der Bundesregierung zur Vereinfachung und Eins-zu-eins-Umsetzung der EED. Positiv hob er ebenfalls die geplanten Entlastungen hervor. Die wegfallende Zertifizierungspflicht von Umsetzungsplänen und die wegfallende Auskunftspflicht zur Abwärme gegenüber Dritten stand Voutta ebenfalls positiv gegenüber. Gleichzeitig verlangte er jedoch Nachbesserungen bei der Plattform für Abwärme, deren verpflichtende Nutzung keinen Mehrwert biete, wie Voutta kritisierte. Die Einträge sollten für Unternehmen freiwillig sein, da ein Drittel der Daten als Geschäftsgeheimnis gelte. Zudem falle das Feedback aus den Betrieben

negativ aus, da der Aufwand hoch sei, Berater anfragten und regionale Netzwerke bereits bestünden. Zudem führe die geforderte Datenauswahl dazu, dass eine jährliche Aktualisierungspflicht in der Praxis bestehen bleibe. Für das weitere parlamentarische Verfahren forderte Voutta, die geplanten Entlastungen ohne Abstriche zu erhalten, den Koalitionsvertrag konsequent umzusetzen und die Novellierung zügig im November abzuschließen, bevor die gesetzliche Frist zur Veröffentlichung der Umsetzungspläne im November 2026 greife.

Ulrike Wagner, Head of Public Affairs bei der GRUNDFOS GmbH, stellte klar, dass Rechenzentren die Grundlage für KI, digitale Souveränität und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sei. Damit aber der weitere Ausbau gesellschaftliche Akzeptanz finde, müssten Fragen der Energie-, Wasser- und Flächennutzung überzeugend beantwortet werden. Daher sei die Debatte über Rechenzentren mittlerweile längst mehr als eine Digitalisierungsdebatte. Energieeffizienz sei ein Schlüssel, um Energie und Wasser effizient zu nutzen, Wachstum ressourcenschonender zu gestalten und Zielkonflikte zu reduzieren. Bereits heute stünden konkrete Lösungen zur Verfügung, unter anderem Flüssigkeitskühlung, intelligente Hydraulik, die Wiederverwendung von Wasser und die Nutzung von Abwärme. Die entscheidende Frage sei daher nicht, ob Rechenzentren wachsen, sondern wie dieses Wachstum aussehe, unterstich Wagner. Effizienz verbinde digitale Leistungsfähigkeit mit Energie- und Wasserresilienz und stärke die Akzeptanz für den weiteren Ausbau, erklärte Wagner abschließend.

John A. Miller, stellvertretender Geschäftsführer beim AGFW - Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V., argumentierte, dass die unvermeidbare Abwärme aus Industrie und Gewerbe ein großes Potenzial für Energieeinsparungen sowie für Dekarbonisierung biete. Die Transformation der Fernwärme stelle dabei einen idealen Anwendungsfall für anfallende Abwärme dar. Um solche Projekte erfolgreich umzusetzen, brauche es eine enge Koordination und Kooperation aller beteiligten Akteure. Zudem sei die kommunale Wärmenetzplanung zwingend darauf angewiesen, dass zentrale Abwärmedaten frühzeitig verfügbar gemacht würden. Weiter merkte Miller an, dass auch die Abwärme aus Rechenzentren zwar attraktiv, jedoch kein Selbstläufer sei. Wenn Abwärme aus Gewerbe und Industrie einen spürbaren Beitrag zur künftigen Wärmeversorgung leisten solle, dürften der Praxis keine neuen Hürden in den Weg gelegt werden. Der rechtliche Rahmen müsse daher ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Entbürokratisierung und wirksamen Anreizen schaffen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten **Dr. Alaa Alhamwi, MdB** (Bündnis 90/Die Grünen), **Dr. Maria-Lena Weiss, MdB** (CDU/CSU), **Paul Papenbrock**, **Ulrike Wagner**, **John A. Miller** und **Luke Voutta** unter der Moderation von **Ulrike Drachsel**, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien, die Auswirkungen der Novellierung des Energieeffizienzgesetzes.

Ein zentraler Diskussionspunkt der Debatte bildete die Nutzung von Abwärme und die Bereitstellung der entsprechenden Daten. Voutta lehnte starre Meldepflichten ab, da dies bei fehlenden Abnehmern vor Ort nur zu mehr bürokratischem Aufwand führe, weshalb ein direkter regionaler Austausch zielführender sei. Miller entgegnete, dass Kommunen und Netzbetreiber Abwärmedaten für die Wärmewende und die kommunale Wärmeplanung zwingend benötigten, weshalb die Bereitstellung von Basisinformationen zumutbar sei. Zudem kritisierte er die geplante Gesetzesänderung als Aufweichung, die Wirtschaftlichkeitsanalysen entwerte. Weiss argumentierte hingegen, dass Deutschland bei den bisherigen Regelungen den EU-Standards vorausgeprescht sei und die Novelle die Auflagen insbesondere mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit konsequent auf das europäische Niveau zurückführen müsse. Unternehmen nutzten Abwärme ohnehin, sobald dies wirtschaftlich sei. Wagner hielt dagegen und gab zu bedenken, dass Ressourcen nicht unbegrenzt verfügbar seien und wegen der aktuell schlechten wirtschaftlichen Lage Energieeffizienz in den Betrieben häufig liegengelassen werde, weshalb es wieder mehr politischen Druck brauche. Alhamwi stimmte dem zu und forderte politischen Druck, um Schlupflöcher bei der Abwärme zu schließen sowie die Wassernutzung und die saisonale Wärmespeicherung gesetzlich anzupacken. Papenbrock betonte die Ziele des Wirtschaftsministeriums, die Wirtschaft zu entlasten, bürokratiearme Kompromisse zu finden und gleichzeitig die gesetzten Effizienzziele im europäischen Rahmen zu sichern.

Auch beim Thema Rechenzentren wurden unterschiedliche Akzente in der Diskussion gesetzt. Wagner betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer klaren Kommunikation, die maßgeblich zur Akzeptanz von Rechenzentren beitrage und ein Konkurrenzverhältnis zu den Anwohnern vor Ort verhindere. Miller ordnete die Abwärme aus Rechenzentren als attraktive Quelle ein, gab jedoch zu bedenken, dass deren Erschließung kein Selbstläufer sei. Alhamwi hob hervor, dass Rechenzentren zwar zwingend gebraucht würden, die Politik hier jedoch klar regulieren müsse. Auch wenn Investitionen zu Beginn teuer seien, führe langfristig kein Weg daran vorbei. Zudem kritisierte Alhamwi die Gesetzesnovelle insgesamt als unzureichende Verschlechterung, die dem Klimaschutzplan widerspreche. Weiss entgegnete darauf, dass der Klimaschutz in Gänze zweifelsohne wichtig sei, das Energieeffizienzgesetz jedoch den falschen Rahmen für beispielsweise Regelungen zur Wassernutzung usw. darstelle. Voutta plädierte schließlich dafür, dass es für ein Gelingen der Energiewende eine positive Erzählung rund um die Energieeffizienz brauche, wofür den Unternehmen vor allem mehr Freiraum gewährt werden müsse.

Wir danken dem **AGFW - Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK**, dem **Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden** und **GRUNDFOS GmbH** für die Unterstützung sowie der **Robert Bosch GmbH** für die Gastfreundschaft!

Die Präsentation steht in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der [Website](#) (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
www.zukunftsenergien.de
LinkedIn [@FfZeV](#)